

Haushaltsrede 2014

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Einnahmeseite hat sich auch heuer wieder verbessert.

So wird sich z.B. der Einkommensteueranteil für die Stadt von ca. 55 Millionen Euro im Jahr 2013 auf ca. 60 Millionen Euro für das Jahr 2015 erhöhen. Dennoch fragen wir, wo denn die Initiativen des neuen Städtetagspräsidenten bleiben, seine Forderung nach einem größeren Anteil des Einkommensteueraufkommens für die Kommunen endlich Realität werden zu lassen. Eine alte Forderung von Herrn Dr. Maly, die wir unterstützen. Und auch sachlich gerechtfertigt ist. Denn die Menschen wohnen hier, und sehen in ihrer Stadt vor Ort, wo es mangelt.

Auch die Gewerbesteuer wird von ca. 50 Millionen Euro im Jahr 2013 auf ca. 53 Millionen Euro im Jahr 2015 steigen. Dies bedeutet, daß es Wirtschaft und Gewerbe gut geht.

Umso mehr müssen wir an den sozialen Ausgleich denken. Denn noch immer ist es in Deutschland so, daß die Reichen reicher, und die Armen ärmer werden. Immer noch ist keine Kehrtwende eingetreten.

Wir kritisieren daher auf das Schärste die massiven Fahrpreiserhöhungen zum 01.01.2015.

Diese werden vor allem diejenigen treffen, die nicht so viel Geld verdienen oder eine geringe Rente haben. Auch wenn sie keine Sozialleistungen erhalten sollten oder keine beantragen. MinijobberInnen, der sog. Niedriglohn-Sektor, RentnerInnen, Flüchtlinge, Hartz IV-Bedürftige usw. Genau auch diejenigen, die vielleicht kein Monatsticket benötigen. Aber ab 01.01.2015 soll der Mobilitätstaler ja nur noch für Monatstickets gelten.

Es ist daher mehr als gerechtfertigt die Gewerbesteuer maßvoll zu erhöhen, um die massiven Fahrpreiserhöhungen abzumildern oder gar abzuwenden zu können. Ist es doch vor allem die Wirtschaft, die vom ÖPNV profitiert. Denn wie sollen die ArbeitnehmerInnen sonst in die Arbeit kommen, wie sollen die KundInnen die Läden erreichen. Wenn alle daheimbleiben, verdient die Wirtschaft und der Handel nichts mehr.

Die Freibeträge sind bei der Gewerbesteuer sehr hoch, sodaß es die Kleinen nicht treffen wird. Und es wird ja ohnehin nur der Gewinn besteuert. Von einem Investitionshemmnis zu reden wäre also einfach falsch.

Im Übrigen gehen die Fahrgastzahlen ja leider stetig nach unten, wie die Schwachstellenanalyse gezeigt hat. Natürlich liegt das an den dauernd steigenden Ticket-Preisen, und nicht z.B. an fehlenden Werbemaßnahmen.

Ende 2012 wurde auf Antrag der Linken eine Arbeitsgruppe Wohnungsnot eingerichtet. Wir sehen auch die Bemühungen der Stadt, gegen die Wohnungsnot vorzugehen. Aber leider gibt es immer noch nicht genügend bezahlbaren Wohnraum für alle.

Eine weitere Möglichkeit wäre, endlich das Verbot von Wohnungsleerstand zu beschließen. Ein verabschiedungsreifer Entwurf einer Satzung liegt schon lange vor.

Es muß auch aufhören, daß Ammenmärchen und falsche Szenarien verbreitet werden. Es ist doch absurd den Vermietern zu unterstellen, daß sie ihre Wohnungen demolieren, damit sie niemand einziehen lassen müssen. Vollkommen absurd. Es geht nur darum, Spekulation mit Wohnraum einzudämmen. Außerdem gibt es eine ganze Reihe von Ausnahmen, die Satzung

ist doch vermietetfreundlich. Immerhin 2.236 leerstehende Wohnungen gibt es laut Januar-Bauausschußsitzung in Fürth. Mehr, als Leerstand wg. Umzügen nötig ist.

Alle müssen ein Dach über dem Kopf haben, ihre Wohnung haben. Wir fordern bezahlbaren Wohnungen für alle. Und hier ist es unsere aller Aufgabe in unserem jeweiligen Umfeld für eine Akzeptanz der Leerstandsverbotssatzung zu werben.

Auch dürfen Grünflächen und Bäume nicht zu Gunsten von Investoren vernichtet werden. Wir sind für den Erhalt des Stadelner Bades. Eine Versorgung nah an den Menschen beugt dem vor, daß es immer mehr NichtschwimmerInnen gibt. Auch hier ist eine gesamtstädtische Berechnung vorzunehmen und der Nutzen insgesamt für die Stadt zu betrachten.

Wir lehnen das Ludwig-Erhard-Zentrum ab. Viele Millionen Subventionen, vor allem vom Staat, die sich die Wirtschaft wieder einmal ohne mit der Wimper zu zucken zahlen läßt; während sie bei Sozialem sofort davon spricht, daß kein Geld da sei. Eine ganz offensichtliche Doppelmoral.

Nach wie vor wollen wir öffentliches Eigentum und eine Stärkung der Daseinsvorsorge. Deshalb lehnen wir das internationale Freihandelsabkommen TTIP ab und freuen uns, daß der Fürther Stadtrat auf Initiative der Linken eine -wenn auch in abgeschwächter Form- Resolution hierzu verabschiedet hat.

Auch lehnen wir nach wie vor ab, daß die Bundeswehr bei jungen Menschen und in den Schulen um Nachwuchs wirbt. Junge Menschen sollen in die Disco-nicht auf das Schlachtfeld !

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

Monika Gottwald und Ulrich Schönweiß

Liste Anträge DIE LINKE zu HH 2014

1. Gewerbesteuer maßvoll erhöhen und für ÖPNV verwenden
2. Zweckentfremdungssatzung / Leerstandsverbotssatzung endlich verabschieden
3. Fahrradfahrschule für Erwachsene einrichten
4. Förderung Musikschule wie früher
5. transportable Behinderten-Toilette anschaffen
6. Zuschuß für Fliederlich
7. jährlichen Zuschuß für Behinderten- und Seniorenrat um 500.-- € aufstocken
8. Mittel für Willy-Brandt-Anlage einstellen; unser Antrag v. 07.06.2014
9. Mittel für Fahrrad-Schieberinnen / Fahrradrampen einstellen, unser Antrag v. 20.08.2014
10. in MIP jährliche Mittel für barrierefreie Haltestellen einstellen und Staat zu Kostenübernahme auffordern
11. Aufschlüsselung der Gewerbesteuer nach Branchen
12. regelmäßige Linkenanfrage (Zwangsräumungen etc. )